



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Katharina Toparkus

Mail
toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-1227

Datum
05.02.2025

Bayerische Wirtschaft verharrt im Dauertief

BIHK-Konjunkturumfrage: Pessimismus verfestigt sich

München – Die bayerische Wirtschaft stagniert. Der BIHK-Konjunkturindex liegt unverändert gegenüber dem Herbst 2024 bei 99 Punkten und damit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 112 Punkten. An der aktuellen Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK) haben sich 3.600 Unternehmen aus allen Wirtschaftszweigen beteiligt.

„Immer mehr Betriebe, besonders in der Industrie, leiden unter fehlender Nachfrage und den schwierigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl. „Für eine Trendwende gibt es keine Anzeichen – im Gegenteil: Die Investitionen der Unternehmen in Bayern werden weiter rückläufig sein und die Arbeitslosigkeit im Freistaat wird auch 2025 steigen“, so Gößl weiter.

Die Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage unterm Strich genauso schlecht wie im Herbst 2024: Der Saldowert beträgt 8 Punkte und liegt damit 47 Zähler unter dem Höchstwert vom Jahresbeginn 2018. Die Erwartungen verharrten ebenfalls praktisch unverändert im Minusbereich und erreichen aktuell nur minus 9 Punkte. Schon seit Frühjahr 2022 liegen die Erwartungen unter dem langjährigen Durchschnitt von 7 Punkten – das ist die längste derartige Durststrecke seit Umfragebeginn 1993. Der BIHK-Konjunkturindex wird zu gleichen Teilen aus den Lage- und Erwartungsurteilen der Unternehmen errechnet.

Immerhin scheint sich in Industrie und Baugewerbe eine Bodenbildung abzuzeichnen: In beiden Branchen steigen die Erwartungswerte gegenüber der letzten Befragung im vergangenen Herbst jeweils um zehn Punkte. Aufgrund historisch schlechter Ausgangswerte sind dennoch beide weit von einem positiven Erwartungssaldo entfernt (Industrie: minus 7, Bau: minus 25).

Die frostige Stimmung spiegelt sich auch in den Investitions- und Beschäftigungsplänen wider. Per Saldo sinken die geplanten Inlandsinvestitionen auf den niedrigsten Wert seit

dem Corona-bedingten Einbruch im Frühjahr 2020. Bei den Beschäftigungsplänen ergibt sich ein ähnliches Bild. Besonders betroffen ist weiter die Industrie, wo fast jedes vierte Unternehmen seine Belegschaft aktiv verkleinern will.

„Der Reformbedarf an unserem Wirtschaftsstandort ist massiv, eine Generalsanierung ist fällig. Die neue Bundesregierung muss schnell und überzeugend handeln. Jedes Gesetzesvorhaben muss auf mehr Wirtschaftswachstum ausgerichtet werden“, sagt BIHK-Präsident Klaus Josef Lutz. „Unser Forderungskatalog vor der Bundestagswahl fokussiert klar auf Bürokratieabbau, weniger Steuer- und Abgabenbelastungen bei Beschäftigten und Unternehmen sowie einen starken, noch mehr integrierten EU-Binnenmarkt. Die positive Botschaft ist, dass durch die richtigen Hebel deutliche Wachstumsimpulse gesetzt werden könnten. Allein ein Abbau der Bürokratieflut würde Deutschland pro Jahr bis zu 146 Milliarden Euro zusätzliche Wirtschaftsleistung bringen“, so der BIHK-Präsident unter Verweis auf eine zuletzt veröffentlichte ifo-Studie im Auftrag der IHK München.